



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

α.: Aus Schwaben.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Aus Schwaben.

Nach längerer Unterbrechung erhalten Sie wieder einen Bericht aus Schwaben. Die Zeiten sind vorbei, wo das politische Leben unseres Kleinstaats noch die Aufmerksamkeit der Politiker in weiteren Kreisen auf sich zog, und eine ungewohnte Ruhe, um nicht zu sagen Erschlaffung, hat in allen Zweigen des öffentlichen Lebens Platz gegriffen. Wohl ist unsere Ständekammer seit einigen Tagen zusammengetreten, um über die sehr praktischen Fragen einer gründlichen Reform des Steuerwesens und einer weitem Ausdehnung des Staatsbahnbaues schlüssig zu werden; aber man folgt ihren Verhandlungen nur mit geringem Interesse: es fehlt überall an der Initiative zu selbständigem Schaffen, zu principiellen Neugestaltungen auch auf dem Boden der provinciellen Rechtssphäre, man fühlt selbst hier, nicht bloß auf dem Gebiete der hohen Politik, daß die Geschicke unseres Staats nicht mehr in Stuttgart sondern in Berlin bestimmt werden.

Die deutsche Partei hat in den Commissionswahlen wie bei den Wahlen zur Vicepräsidentenstelle ihre Candidaten mit großer Majorität durchgeseht, und Hölder, ihr bisheriger „Führer“ ist so eben durch königl. Decret zum Vicepräsidenten der Kammer ernannt worden. Man sieht hieraus, daß das Ministerium im gegenwärtigen Augenblicke eifrig bemüht ist, der deutschen Partei die Hand zu bieten: es hat seine Stimmen in der Kammer angewiesen, so weit es nur immer angeht, mit den Nationalen einig zu gehen; so daß es den Anschein haben könnte, als ob letztere gegenüber den etlichen 20 Stimmen der vereinigten ultramontanen und Volkspartei über den ganzen Rest von 60—70 Stimmen gebieten und doch wäre dieß eine große Täuschung. Ueberhaupt ist — von der ultramontanen Partei abgesehen — zur Zeit das ganze bisherige Parteiwesen in Württemberg in sichtlichem Zerfalle begriffen. Die Volkspartei wird thatsächlich nur noch durch das Interesse einiger norddeutschen Literaten zusammengehalten: und die Ueberzeugung, daß auf der bisherigen Bahn keine politischen Erfolge, namentlich keine parlamentarischen Lorbeeren mehr zu erringen sind, ja nicht einmal mehr eine Stelle im Stuttgarter Gemeinderath zu erzielen ist, macht sich immer mehr geltend. Fast möchte man glauben, diese Partei habe bei der neulichen Abgeordnetenwahl für die Stadt Stuttgart den letzten Versuch gemacht, nochmals in die Action zu treten, wenn auch ohne Erfolg. Denn obgleich die nationale Partei diesmal auf dem schwierigen Boden der Residenz einen ganzen, entschiedenen Mann in der Person Wächter's als Candidaten aufgestellt hatte, der dem Philistertum zu prononcirt erschien, und obgleich die Hoselientel noch im letzten Augenblicke die Weisung erhalten hatte, für den Candidaten der vereinten ultramontanen und Volkspartei einzutreten, war diese Coalition dennoch mit

ihrem Candidaten unterlegen. Dabei machte man die Wahrnehmung, daß die strebsamen Mitglieder der bisherigen Volkspartei jetzt unter der Firma des neu begründeten „freien Wahlvereins“ bessere Geschäfte zu machen hoffen, als unter der Fahne des Beobachters. Aber auch die bisherige „deutsche Partei“ ist trotz dieses neuesten Siegs unverkennbar in einem Zustand der Auflösung. In den Jahren des erbitterten Kampfes 1866—70 aus Elementen der verschiedensten Lebens- und Parteistellungen zusammengeschmiedet durch die nationale Idee, welche die sonst vorhandenen Gegensätze zurücktreten ließ, mußte dieser Verband von dem Augenblick an gelockert werden, wo das Ziel der bisherigen Bestrebungen mit der Errichtung des Reichs gesichert war. Die bisherige Einheit ist zwar nach wie vor im Allgemeinen vorhanden, aber sie kann nicht mehr zur Grundlage einer Parteibildung dienen, in einer Zeit, in der es außer den Ultramontanen an einem Gegner fehlt, der einen weiteren Kampf lohnen würde. Wir wollen damit nicht leugnen, daß in gewissen tonangebenden Kreisen Stuttgarts noch eine bitterböse Stimmung gegen die neuen Verhältnisse herrscht, welche auch bei der mit dem größten Mißtrauen verfolgten Anwesenheit des deutschen Kronprinzen sich offenbarte, aber was sie zu Tage fördert, sind doch nur unschädliche Spielereien, kleinliche Malicen oder harmlose Rückerverinnerungen an vergangene Größe. Müssen doch jetzt selbst die Männer der Hofspartei „rückhaltslose Hingebung“ an das Reich zur Schau tragen und können sie ihrer wahren Gesinnung nur noch unter verschlossenem Couvert durch die Wahl demokratischer Candidaten Ausdruck geben. Wir haben deßhalb auch bisher die von dieser Partei herbeigeführte Berufung v. Sicks in das Ministerium mit Stillschweigen übergangen. Denn Sick kann trotz aller Vielrednerei und Vielgeschäftigkeit weder in Stuttgart noch in Berlin jemals eine parlamentarische Bedeutung neben v. Mittnacht erlangen, der seinem Collegen durch seine kalte Ruhe und durch die Sicherheit des Handelns weit überlegen ist: Sick ist vielmehr die lebendige Personification des Gegensatzes von Können und Wollen, welcher dormalen den Rest der reichsfeindlichen Elemente in Schwaben charakterisirt. Andererseits ist er ganz besonders geeignet, bei der neuesten Entwicklung unserer inneren Verhältnisse die Pathenstelle zu versehen. Je mehr nämlich das deutsche Reich sich zum Staatsganzen herausbildet, um so mehr tritt in denjenigen Sphären der bisherigen Staatsthätigkeit, welche vom Reiche nicht berührt werden, wiederum jener patrimoniale und patriarchalische Charakter in den Vordergrund, welcher in den zwanziger und dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts der öffentlichen Verwaltung in den Territorien der Mediatisirten eigen war. Dem Staatsdienst wird mehr und mehr der Stempel des fürstlichen Dienstes aufgedrückt; man interessirt sich von Oben für die Person jedes Einzelnen mit jener liebewürdigen Theilnahme und Fürsorge, welche dem kalten bürokratischen

Staatsdienst bisher ganz fremd war. Man begnügt sich nicht mehr mit Orden und Ehrenzeichen, sondern beschenkt bei Gelegenheit selbst die höchsten Staatsbeamten mit einigen hundert Thalern für besondere Dienste oder zur Aufbesserung ihrer Finanzen. Gerade diese durch die neuesten Zeitverhältnisse herbeigeführte Verquickung des öffentlichen Dienstes mit so zu sagen patrimonialem Regiment ist der passende Boden für die Thätigkeit des Herrn v. Sic. Während er im Innern die Rolle des Majordomus oder Hausmaers spielen soll, ist Herrn von Mittnacht die ungleich schwierigere Rolle zugefallen, auf dem schlüpfrigen Boden der Reichspolitik die Bedingungen der Forterhaltung dieses harmlosen politischen Stilllebens zu sichern.

Die nationale Partei hat hiernach keinen Anlaß, zumal bei dem neuesten Entgegenkommen der Regierungsorgane, sich dem Ministerium gegenüber feindlich zu verhalten — und doch läßt sich nicht leugnen, daß gerade der neueste modus vivendi zwischen ihr und der Regierung wesentlich dazu beiträgt, die bisherige Parteiorganisation zu zerstören. Es war nicht zu hindern, daß seit 1870 eine Reihe von Elementen, welche bis dahin jedes offene Bekenntniß zum deutschen Programm vermieden hatten, gleichsam mit Regierungsurlaubniß der nationalen Partei beitraten und durch ihre Stellung als Abgeordnete Einfluß auf die Richtung derselben gewannen. Die Folge war eine matte, unentschiedene Haltung in den wichtigsten Fragen der nationalen Politik, sowohl im Verhältnisse zur Regierung als zur ultramontanen Gegnerschaft. Die Parteigenossen vom Lande aber verwarfen, hierdurch mißtrauisch geworden, lezten Sommer auf einer Delegirtenversammlung das von Stuttgart aus vorgelegte Zukunftsprogramm in der ausgesprochenen Absicht, statt allgemeiner Redensarten eine bestimmte Aeußerung über die Zielpunkte der Partei gegenüber den brennenden Fragen der Gegenwart herbeizuführen, selbst auf die Gefahr hin, der Regierung auch fernerhin unangenehm zu sein. Seitdem ist es nicht gelungen, eine Einigung über ein neues Programm herbeizuführen. Wir erkennen hierin einen Fingerzeig für die nationale Partei Schwabens, daß dieselbe ihren bisherigen Particularismus, eine eigene schwäbische „deutsche Partei“ sein zu wollen, aufgeben und sich nach den Gegensätzen scheiden muß, welche die Parteigruppierung im Reichstage bestimmen, sie wird dadurch — und die conservative Seite hat bereits einen rühmlichen Anfang hierzu gemacht — genöthigt werden, mit den Parteigenossen in den Nachbarstaaten engere Fühlung zu gewinnen, und wird so durch ihre Auflösung die Weiterentwicklung der nationalen Sache im Süden nur fördern. —

Die Angelegenheit des Bischofs Hefele von Rottenburg hat hier zu Lande durchaus nicht das Aufsehen erregt, welches die Manifestationen dieses Mannes auswärts hervorgerufen haben. Die ultramontane Partei hat bei uns längst die unbedingte Herrschaft in der katholischen Kirche erlangt. Allerdings mußte man der

protestantischen Mehrheit gegenüber, welche im Lauf der Zeiten schon wiederholt Anfälle von fanatischer Eifersucht gezeigt hat, mit einer gewissen Vorsicht auftreten und es läßt sich nicht leugnen, daß Herr v. Hefele und seine Leute sich hierbei von Anfang an als sehr gewandte Spieler erprobt haben. Durch die Allianz mit der Volkspartei und dem Hof wußte man das Mißtrauen der Masse zu beschwichtigen, während man von der Regierung ein Zugeständniß um das andere erlangte. Unter dem Schein des Kampfes gegen den Cäsarismus, des Eintretens für die Freiheiten des Landes gelang es, den Nimbus des Liberalismus um sich zu verbreiten und zugleich die Fäden der großdeutschen Bewegung überall in den Händen zu behalten. Zu diesem Zwecke unterhält man auch jetzt ein eigenes Organ, das in Stuttgart erscheinende „Deutsche Volksblatt“, welches wesentlich auch auf außerkatholische Kreise berechnet ist, und mit großem Geschicke eine gewisse ablehnende Haltung gegen die Bestrebungen des Herrn Ketteler und Genossen heuchelt, ohne doch den letzteren irgend wie entgegen zu treten; äußerlich tritt es als das officielle Organ der Katholiken im Lande auf, welches sich seit Jahren der Originalcorrespondenzen des Herrn v. Hefele erfreut, während es in politischen Fragen durch engen Anschluß an die Tendenz des „Beobachters“ den Beifall der Volkspartei zu erlangen sucht. Die Masse des katholischen Volkes erhält eine ganz andere Kost. Neben der Berliner „Germania“, welche bereits in die fernsten Winkel des Landes gedrungen ist, wird dieselbe ausschließlich durch kleine Wochenblätter gespeist, welche, von der übrigen Presse wie von den politischen Kreisen ganz unbeachtet, seit Jahren das katholische Publikum beherrschen und in der Manier verwandter bayrischer Blättchen über Cleriker und Laien einen Terrorismus ausüben, dem sich selbst freier denkende Männer nicht mehr zu entziehen vermögen. Auf diese Weise ist es gelungen, dem Infallibilitätsdogma in Württemberg allgemeine Anerkennung zu verschaffen, so daß sich factisch nicht eine einzige kirchliche Stimme dagegen erhob. Hatte sich doch selbst das Organ der schwäbischen Volkspartei, der Beobachter, von Beginn des Streits auf die Seite der Infallibilisten gestellt und jeden verunglimpft, der es wagte, dem Dogma entgegenzutreten! Die Curie hat also allen Grund, mit Herrn v. Hefele zufrieden zu sein. An die Gewissensscrupel, von welchen letzterer in seinem Schreiben an Dr. Bauerband vom 11. November 1870 spricht, haben hier zu Lande nur Wenige geglaubt. Hefele war seit den vierziger Jahren stets einer der eifrigsten Vorkämpfer der curialistischen Ansichten gewesen. Den Kampf zwischen wissenschaftlicher Ueberzeugung und Unterwerfung unter das kirchliche Gebot hatte er seit Jahren hinter sich. Er wußte, daß es sich bei der Frage von der Infallibilität, wie bei der unbefleckten Empfängniß, um eine kirchliche Dogmenfabrikation und nicht um eine Gewissensfrage handelte: für ihn wie für Herrn v. Ketteler kam vielmehr

von Anfang an nur die Opportunität in Frage. Möchte die höchste kirchliche Gewalt dem Papst oder dem Concil zuerklärt werden, so mußte er sich unterwerfen, nachdem Papst und Concil einig waren. Nach seinen Antecedentien konnte es Herrn v. Hefele mit der Forderung der moralischen Unanimität als Bedingung der Gültigkeit der Concilienbeschlüsse unmöglich Ernst sein; denn diese Forderung enthielt angesichts des Dissenses der deutschen Bischöfe die eigenthümliche und in sich unhaltbare Präntion, daß die ungelehrten spanischen, italienischen und orientalischen Bischöfe ein weniger geeignetes Medium seien, die Eingebungen des heiligen Geistes durch ihren Mund der Welt zu verkünden, als die gelehrten deutschen Bischöfe. Offenbar hatten die Verlegenheiten des Herrn v. Hefele ihren Grund viel weniger im Gewissen als in gewissen Rücksichten auf seine äußere Stellung. Er hatte sich der Regierung und den politischen Parteien gegenüber in eine schiefe Situation gebracht, welche ihn nöthigte, zur Erhaltung seines und des katholischen Einflusses überhaupt nach der einen und der anderen Seite Engagements einzugehen, welche ihm zwar äußerlich den Heiligenschein des Liberalismus verschafften, mit seinem eigenen kirchlichen Standpunkt aber unvereinbar waren. Wie sollte es auch für die Dauer möglich sein, gleichzeitig der Liebling des Vatikans, des württembergischen Hofes und der schwäbischen Demokratie zu sein? Herr v. Hefele findet daher nur wenig Theilnahme, nachdem er sich in dem Netz gefangen, das ihm seine eigene Eitelkeit gelegt hatte. Nur in Stuttgart nimmt man die Discreditirung des Mannes, den man namentlich den protestantischen Würdeträgern gegenüber so sichtlich bevorzugt hatte, mit erklärlichem Bedauern auf. Hatte er doch eben erst durch seine Unterzeichnung der Fuldaer Denkschrift den Beweis geliefert, daß das von ihm früher angeordnete Kirchengebet für Kaiser und Reich nur das Product einer vorübergehenden Stimmung gewesen war! —

Als Neuestes theilen wir Ihnen zum Schluß noch mit, daß unser schwäbischer Kriegsminister neuestens mit der Exigenz eines Extraordinariums von nicht weniger als 17 Millionen Gulden für Militärzwecke vor die Ständekammer tritt, d. h. er verlangt das 2 $\frac{1}{2}$ fache des ordentlichen Militärbudgets, wie es seit den Versailler Verträgen besteht. Die Grenzboten hatten sofort nach Abschluß der Versailler Militärconvention darauf hingewiesen, daß die Bestimmung des Art. 12, nach welcher Ersparnisse, welche unter voller Erfüllung der Bundespflichten als Ergebnis der obwaltenden besonderen Verhältnisse Schwabens an der Pauschalsumme von 225 Thalern pr. Mann möglich werden, zur Verfügung Württembergs verbleiben sollen — nur geeignet sei, das Land fortwährend in Täuschungen einzuwiegen. Nun ist die Enttäuschung mit überraschender Schnelligkeit gekommen: die Schwaben können sich jetzt die Segnungen dieser Militärconvention an den Fingern abrechnen

und das Glück, einen eigenen Kriegsminister und eine eigene Kriegsverwaltung zu besitzen, vollauf genießen. Wir brauchen kaum zu bemerken, daß die Höhe dieser Erigenz wesentlich den Zweck hat, für eine Reihe von Jahren der Militärverwaltung außerordentliche Geldmittel zur Verfügung zu stellen und damit auch für die Zukunft unliebsame Anläufe auf die fernere Beibehaltung der kostspieligen eigenen Militärverwaltung ein für allemal abzuschneiden. Man rechnet auf die Wißfährigkeit der jetzigen Kammer, deren Mehrzahl aus Beamten besteht, von denen ein ernster Angriff auf die Reservatrechte nicht zu erwarten ist. Diese Vorlage steht somit in engster Verbindung mit der Neubesezung der Gesandtschaftsposten in Wien und Petersburg. Man könnte Angesichts der Unschädlichkeit dieser jüngsten schwäbischen Diplomaten, welche mit geringem Gehalt eine höchst precäre Stellung auf jenen bedeutenden Plätzen einzunehmen haben, diesen neuesten Act der schwäbischen Politik belächeln, wäre es nicht allbekannt, in welcher unglaublicher Weise in den letzten Jahren die Interessen der württembergischen Staatsangehörigen von dieser Diplomatie vertreten worden sind. Man denke sich einen württembergischen Bevollmächtigten in St. Petersburg, der keine Mittel zur Repräsentation, nicht einmal eine ordentliche Kanzlei besitzt, dem die Rechtsverhältnisse und die Behördenorganisation des Staats, bei dem er accredited ist, gänzlich fremd sind und dem auch keinerlei Berather zur Seite steht. Man wird es dann erklärlich finden, wenn wir behaupten, daß in den letzten Jahren Behörden und Privaten geradezu hilflos waren, wenn es sich auch nur um die einfachste Insinuation in Rußland handelte.

Bekanntlich hat Herr v. Mittnacht die heftige Sprache des von dem württembergischen Bevollmächtigten im Bundesrath verfaßten Majoritätsgutachtens des Justizausschusses über den Lascker'schen Antrag desavouirt und behauptet, sein Stellvertreter, „der von ihm keine detaillirte Instruction erhalten“, habe solches gleichsam auf eigene Rechnung gefertigt: man bringt hiermit die Thatsache in Zusammenhang, daß Herr v. Mittnacht für die Fortsetzung der begonnenen Arbeiten über die Civilstrafordnung einen andern Bevollmächtigten nach Berlin geschickt hat. Daß in Nürnberg über den Lascker'schen Antrag zwischen Mittnacht und Fäustle verhandelt wurde, steht trotz der officiellen Ablehnung im württembergischen Staatsanzeiger und in der Augsburger Allgemeinen Zeitung fest. a.

Weihnachtsbücherschau.

Das Fest der Jugend naht wieder heran — das höchste Fest Aller, die jugendfrisch in den Lichterglanz des Weihnachtsbaumes blicken, mögen sie noch